Stefan Breuer

Das Legitimitätskonzept Max Webers

Einleitung

Über Max Webers Legitimitätskonzept zu handeln, heißt zunächst, über die Kluft zu sprechen, die dieses Konzept vom üblichen, unter Juristen und Politikwissenschaftlern verbreiteten Verständnis trennt. Üblicherweise gilt die Legitimitätsidee als das „Urteil über die richtige Staatsform und die gerechte Ausübung von staatlicher Herrschaft“¹. Diskurse über die Legitimität sind von daher Diskurse über die „Bewertung von Staatszwecken“, über Ethik, über die „Wahrheitsfähigkeit praktischer Fragen“².

Max Weber hat solche Diskurse nicht grundsätzlich verworfen. Als er 1904 das künftige Programm des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik skizzierte, räumte er der „Darlegung von Idealen“ und der „Aufzeigung und logisch zusammenhängende(n) Entwicklung der ‚Ideen‘, die dem konkreten Zweck zugrunde liegen oder liegen können“, durchaus einen Platz ein (GAWL 157, 151)³. Er bestand jedoch darauf, solche Erörterungen als Sozialpolitik oder Sozialphilosophie zu bezeichnen und sie strikt von der Erfahrungswissenschaft zu trennen. Zwecke und Werte wissenschaftlich zu beurteilen, erschien ihm als Überdehnung dessen, was Wissenschaft leisten könne, systemtheoretisch gesprochen: als unzulässige Übertragung des für die Wissenschaft typischen Codes wahr/falsch auf die für die Welt praktischer Stellungnahmen charakteristische Unterscheidung billigungswürdig/verwerflich. Entsprechend ist seine Soziologie legitimer Ordnungen von wesentlich engerem Zuschnitt. Sie überläßt den Streit über die inhaltliche

¹ Thomas Würtenberger, Legitimität, Legalität, in: Otto Brunner u. a. (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3 (Stuttgart 1982) 677–740, 679; vgl. auch *ders.*, *Die Legitimität staatlicher Herrschaft. Eine staatsrechtlich-politische Begriffsgeschichte* (Berlin 1973).

² Würtenberger, Legitimität, Legalität 679; Hasso Hofmann, Legalität, Legitimität, in: Joachim Ritter, Karlfried Gründer (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 5 (Darmstadt 1980) 161–166; Jürgen Habermas, *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* (Frankfurt 1973) 140 ff.

³ Die Werke Max Webers werden im Text unter folgenden Abkürzungen zitiert: WG *Wirtschaft und Gesellschaft*, hrsg. von Johannes Winckelmann, Studienausgabe (Tübingen 1976). GAWL *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hrsg. von Johannes Winckelmann (Tübingen 1973).

Dignität der Rechtfertigungsgründe den Politikern und Moralunternehmern (zu denen unter diesem Gesichtspunkt auch die Juristen zählen, soweit sie politisches Recht setzen oder sprechen) und interessiert sich stattdessen allein für die empirischen Beziehungen zwischen Legitimitätsansprüchen und Legitimitätsglauben sowie den daraus folgenden Organisationsformen. Max Weber, so hat es Horst Dreier treffend formuliert, geht es „um die realsoziologisch dechiffrierbaren Motive der ‚Nachachtung‘ einer gegebenen Ordnung, nicht um die Gewinnung guter Gründe für die Schaffung einer zukünftigen“⁴.

Meine Erörterung dieses Konzepts wird sich in vier Etappen vollziehen. Ich werde zunächst versuchen, die Entfaltung des Konzepts in „Wirtschaft und Gesellschaft“ nachzuzeichnen (I), gehe sodann auf die wichtigsten Fehldeutungen in der Literatur ein (II) und skizziere eine mögliche Vertiefung des Konzepts (III). Den Abschluß machen einige Ausführungen über das schwierige, gleichwohl für den Aufbau der Herrschafts- wie der Rechtssoziologie essentielle Verhältnis von Legitimität und Organisation (IV).

I.

Mit der Legitimitätsproblematik hat sich Max Weber im letzten Jahrzehnt seines Lebens beschäftigt (ca. 1910 bis 1920), im Zusammenhang mit seinen Beiträgen zu dem von ihm herausgegebenen „Grundriß der Sozialökonomik“ (GdS). Diese Beschäftigung erfolgte in zwei Phasen. Noch vor dem Weltkrieg entstanden die in der heute verfügbaren, von Johannes Winckelmann edierten fünften Auflage von „Wirtschaft und Gesellschaft“ als ‚Zweiter Teil‘ bezeichneten Manuskripte, deren Hauptmasse von den drei großen Soziologien gebildet wird – der Religions-, Rechts- und Herrschaftssoziologie. Für den Legitimitätsbegriff relevant ist hier natürlich in erster Linie die Herrschaftssoziologie, doch enthält auch das Kapitel I „Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen“ aufschlußreiche Hinweise. – Die Einteilung des GdS von 1914 weist außerdem einen Text über „Die drei Typen der legitimen Herrschaft“ auf, bei dem es sich um den posthum von Marianne Weber veröffentlichten Text ähnlichen Titels handeln könnte, der jetzt in den „Gesammelten Aufsätzen zur Wissenschaftslehre“ nachzulesen ist. In diesen Kontext gehören auch noch der sogenannte Logos-Aufsatz von 1913, der einige Bemerkungen zur Legitimität enthält, sowie die Kurzfassung der Typenlehre in der Einleitung zur „Wirtschaftsethik der Weltreligionen“ (publiziert 1916, aber wohl ebenfalls 1913 entstanden)⁵.

Nach Kriegsende hat sich Weber daran gemacht, seine Manuskripte zu überarbeiten und wesentlich zu verknappen. Daraus ist der noch von ihm selbst publi-

⁴ Horst Dreier, Staatliche Legitimität, Grundgesetz und neue soziale Bewegungen, in: *Joseph Marko, Armin Stolz* (Hrsg.), *Demokratie und Wirtschaft* (Wien etc. 1987) 139–185, 143.

⁵ GAWL 427 ff.; Max Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Bd. I, hrsg. von Johannes Winckelmann (Tübingen 1972) 267 ff.

zierte ‚Erste Teil‘ von WG entstanden, der in den „Soziologischen Grundbegriffen“ und im Kapitel über „Typen der Herrschaft“ Ausführungen zur Legitimität enthält. Die von Marianne Weber und Johannes Winckelmann vertretene Ansicht, der erste Teil verhalte sich zum zweiten wie die abstrakt-allgemeine zur konkret-substantiellen Soziologie, kann nach den Forschungen von Tenbruck und Schluchter als widerlegt gelten. Die zweite Fassung sollte vielmehr die erste ersetzen, so daß wir in ihr Webers letztes Wort zu sehen haben⁶. Ich werde deshalb von dieser Fassung ausgehen und die älteren Texte nur ergänzend hinzuziehen.

Eine kurze Feststellung vorweg: das Fach, für das die „Soziologischen Grundbegriffe“ gedacht waren, hat sich mit ihnen nie recht anfreunden können. Gemessen an dem in ihnen enthaltenen Anspruch ist die Zahl textnaher Erörterungen bis heute erstaunlich gering. Das mag daran liegen, daß sie von allen Schriften Webers, die ohnehin schon stark zur juristischen Denkweise gravitieren⁷, die größte Nähe zur Jurisprudenz aufweisen, und das heißt zugleich: in maximaler Distanz zu der unter Sozialwissenschaftlern verbreiteten Einstellung stehen, der fließende, proteische Charakter des Erkenntnisobjekts verlange nach einer Entsprechung auf begrifflicher Ebene. Nach den Erinnerungen von Helmuth Plessner, der die Vorlesung zur Soziologischen Kategorienlehre im Sommersemester 1919 besuchte, nahm die Teilnehmerzahl rasch ab, weil nur wenige an dem interessiert waren, was Weber bot: „pure Definitionen und Erläuterungen: Trockenbeerauslese, Kellerabzug“⁸.

Ein anderer Grund aber könnte sein, daß Weber sein eigenes Ziel maximaler Transparenz nur teilweise einzulösen vermocht hat. Wie Marianne Weber berichtet, „knetete (er) die schwierigen Begriffe immer aufs neue und arbeitete noch viel in die Korrekturen hinein“⁹, ohne daß er wirklich fertig geworden wäre. Die Gedankenfolge wird immer wieder durch ellenlange, abschreckend kleingedruckte Erläuterungen durchbrochen, der Leser wird mit Typologien bombardiert, deren Verhältnis zueinander nicht recht klar ist, die Überschriften im Inhaltsverzeichnis werden im Text mitunter nicht wieder aufgenommen, kurzum: bei aller Großartigkeit der Anlage hat das Ganze doch einen labyrinthischen Zug, als habe der Architekt bei Baubeginn den Grundriß nur ungefähr im Kopf gehabt und ihn bei laufenden Arbeiten fortwährend verändert.

Die Kategorie der Legitimität, um nun zum Thema zu kommen, wird in dieser Fassung letzter Hand auf zwei Ebenen entfaltet: auf der Ebene der „Soziologischen Grundbegriffe“, und hier speziell der §§ 5–7; und in Kapitel III, das „Die

⁶ Friedrich Tenbruck, Abschied von Wirtschaft und Gesellschaft, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 133 (1977) 703–736; Wolfgang Schluchter, Religion und Lebensführung, 2 Bde., Bd. 2 (Frankfurt 1988) 597 ff.

⁷ Siehe dazu Werner Gephart, Gesellschaftstheorie und Recht. Das Recht im soziologischen Diskurs der Moderne (Frankfurt 1993) 419 ff.

⁸ Helmuth Plessner, In Heidelberg 1913, in: René König, Johannes Winckelmann (Hrsg.), Max Weber zum Gedächtnis (Opladen 1963) 30–34, 34. Zum Hintergrund siehe auch M. Rainer Lepsius, Max Weber in München, in: ders., Interessen, Ideen und Institutionen (Opladen 1990) 9–30.

⁹ Marianne Weber, Max Weber. Ein Lebensbild (Heidelberg 1950) 728.

Typen der Herrschaft“ überschrieben ist. Zunächst zu den „Soziologischen Grundbegriffen“ (SozG), deren Aufbau sich nach dem für Weber typischen „sukzessiven Partitionierungsverfahren“ folgendermaßen schematisieren läßt¹⁰:

Stefan Breuer, Max Weber u. das Problem der Legitimität

Der Gedankengang ist, sehr verkürzt, wie folgt. Nach einigen einleitenden Bemerkungen über den Begriff der Soziologie skizziert Weber sein Konzept des sozialen Handelns, das in vier Typen gegliedert wird: das zweckrationale, wertrationale, affektuelle und traditionale Handeln. Da soziales Handeln seinem Sinn nach „auf das Verhalten *anderer*“ bezogen (WG § 1), mithin keineswegs, wie etwa Habermas Weber unterstellt hat, monologisch ist, folgt als nächstes die Kategorie der sozialen Beziehung als des aufeinander gegenseitig eingestellten Sichverhaltens mehrerer (§ 3). Soziale Beziehungen können geordnet oder ungeordnet sein, d. h. sie sind entweder durch faktisch feststellbare Regelmäßigkeiten des Sichverhaltens bestimmt oder nicht. Den letzteren Fall läßt Weber außer acht. Für den ersteren unterscheidet er zwei Möglichkeiten, die in § 4 und 5 erläutert werden. § 4 skizziert solche Ordnungen oder Regelmäßigkeiten, die sich aus einem nicht normativ regulierten Handeln ergeben – Brauch, Sitte, interessengeleitete Beziehungen¹¹. Es

¹⁰ Zu diesem Verfahren ausführlicher: *Klaus Allerbeck*, Zur formalen Struktur einiger Kategorien der verstehenden Soziologie, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 34 (1982) 665–676.

¹¹ Das Verständnis der Sitte als eines lediglich auf langer Eingelebtheit beruhenden Brauchs, der keine innere Verbindlichkeit oder Normativität impliziert, ist gegenüber älteren Auffas-

folgt in § 5 das normativ regulierte Handeln, das Handeln, das sich an der Vorstellung vom Bestehen einer legitimen Ordnung orientiert. Daß es um normgeleitetes Handeln geht, wird in diesem Abschnitt zwar nicht explizit gesagt, doch lassen die Umschreibungen keinen anderen Schluß zu: Weber spricht von einem Handeln, das sich an einer Ordnung als ‚gelten sollender‘ orientiert, das diese Ordnung als „verbindlich oder vorbildlich“ ansieht, sie mit dem „Prestige der Vorbildlichkeit oder Verbindlichkeit“ ausstattet bzw. ihre „Geltung (als verbindliche Norm)“ unterstellt (WG 16). Wie schon in früheren Texten, insbesondere im Aufsatz über „Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft“, wird die Orientierung an der Legitimität, der „Legitimitäts-Glauben“, von anderen Motiven der Innehaltung der Ordnung abgegrenzt, speziell der Sitte und der Zweckrationalität. Ein kleiner Unterschied liegt lediglich darin, daß affektuelle Motive an dieser Stelle keine Erwähnung finden (WG 17; GAWL 475).

An diese Überlegungen schließen zwei Paragraphen an, deren Verhältnis zueinander und zum Kontext zu bestimmen gewisse Probleme bereitet. § 6 setzt mit den Legitimitäts-Garantien ein und rekurriert dabei neben äußerlichen auch auf innerliche Faktoren, also auf Einstellungen der Handelnden: affektuelle, wertrationale und religiöse Motive. Diese aber tauchen auch in § 7 wieder auf, erweitert um Tradition und Legalität. Worin genau liegt der Unterschied?

Ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis, das mit dem Text nur z.T. koordiniert ist, zeigt, worauf es Weber ankam. Danach geht es in § 6 um „Arten der legitimen Ordnung: Konvention und Recht“, womit der Blick über die in I genannten innerlichen Garantien hinweg auf die durch äußerliche Garantien gestifteten Ordnungen gelenkt wird: auf Ordnungen, die durch Interessen, Ordnungen, die durch Mißbilligung, und Ordnungen, die durch physischen oder psychischen Zwang garantiert sind¹². Die beiden letzteren bezeichnet Weber als Konvention und Recht. Im Kleingedruckten weist er außerdem darauf hin, daß es zwischen diesen Typen legitimer Ordnung und den bloßen Regelmäßigkeiten von Brauch und Sitte gleitende Übergänge gibt.

§ 7 ist überschrieben: „Geltungsgründe der legitimen Ordnung: Tradition, Glauben, Satzung“. Hierbei fällt auf, daß die Überschrift nur drei Gründe auflistet, die konkrete Ausführung aber vier – eine Differenz, die sich aus der Unterteilung des Glaubens in die beiden Formen des affektuellen und des wertrationalen Glaubens ergibt. Daß auch in bezug auf die Satzung dann von Glauben gesprochen wird, macht die in der Überschrift getroffene Unterscheidung fraglich.

sungen, wie sie sich bei Jhering und auch noch bei Tönnies finden, eine deutliche Engführung. Siehe dazu *Stephen P. Turner, Regis A. Factor, Max Weber und das Ende der Sitte*, in: *Gerhard Wagner, Heinz Zipprian* (Hrsg.), *Max Webers Wissenschaftslehre* (Frankfurt 1994) 563–601. Allerdings kann ‚Sitte‘ auch normative Bedeutung gewinnen. Sie wird dann ‚Konvention‘ oder ‚Tradition‘ (vgl. unten, Anm. 15).

¹² Nota bene: garantiert sind. Der Rekurs auf die Sanktionsmechanismen ist nicht zugleich eine Aussage über die Geltungsgrundlage, weshalb z.B. die Zuordnung Webers zu einer ‚Zwangstheorie‘ des Rechts fehl geht. Siehe hierzu treffend: *Weyma Lübke*, *Legitimität kraft Legalität. Sinnverstehen und Institutionenanalyse bei Max Weber und seinen Kritikern* (Tübingen 1991) 63.

Offenbar geht es nicht so sehr um Tradition, *Glauben* und Satzung als dreier heterogener Geltungsgründe als um die Unterscheidung von verschiedenen Formen des Glaubens, die sich auf Tradition, Vorbilder, Werte und Satzungen beziehen. Müssen wir also die Liste von § 7 als inhaltliche Ausfächerung dessen verstehen, was in § 5 unter dem Begriff ‚Legitimitäts-Glauben‘ vorgestellt wird? Und haben wir damit zugleich das Verbindungsglied zur Herrschaftstypologie in Kapitel III vor uns? Wie verhält sich schließlich diese Liste zur Typologie des sozialen Handelns?

Zunächst: Wenn Handelnde einer Ordnung aus bestimmten Gründen legitime Geltung zuschreiben, dann ist dies fraglos ein ‚Legitimitäts-Glauben‘ im Sinne des § 5. Der Begriff hat indes bei Weber einen Doppelsinn. Hier, in den SozG, dominiert der weitere Sinn, der alle normativen Überzeugungen einschließt, kraft deren eine Ordnung als vorbildlich oder verbindlich angesehen wird. Auf der Ebene der Herrschaftssoziologie schiebt sich dagegen ein engeres Verständnis in den Vordergrund. Während in § 7 die Liste der Geltungsgründe Tradition, affektuellen und wertrationalen Glauben und Satzungsorientierung umfaßt, wird in Kap. III § 1 der Legitimitätsglaube nicht nur von Motiven abgegrenzt, die sich aus Sitte und Interessenlage ergeben (was eine Wiederholung der Bestimmungen des § 5 SozG wäre), sondern auch von ‚rein affektuellen oder rein wertrationalen Motiven der Verbundenheit‘:

„Keine Herrschaft begnügt sich, nach aller Erfahrung, freiwillig mit den nur materiellen oder nur affektuellen oder nur wertrationalen Motiven als Chancen ihres Fortbestandes. Jede sucht vielmehr den Glauben an ihre ‚Legitimität‘ zu erwecken und zu pflegen. Je nach der *Art* der beanspruchten Legitimität aber ist auch der Typus des Gehorchens, des zu dessen Garantie bestimmten Verwaltungsstabes und der Charakter der Ausübung der Herrschaft grundverschieden. Damit aber auch ihre Wirkung. Mithin ist es zweckmäßig, die Arten der Herrschaft je nach dem ihnen typischen *Legitimitätsanspruch* zu unterscheiden“ (WG 122).

Der Grund für diese Verengung des Begriffes Legitimitätsglauben liegt auf der Hand. In Kap. III geht es nicht mehr, wie in den §§ 5–7 SozG, um Ordnungen schlechthin, sondern um eine besondere Spezies von Ordnungen – solche, die durch Herrschaftsbeziehungen charakterisiert sind, was bekanntlich nicht bei allen Ordnungen der Fall ist. Die Existenz von Herrschaftsbeziehungen aber bedeutet: Wir haben es nicht mehr nur mit Handelnden schlechthin zu tun, sondern mit zwei deutlich unterschiedenen Gruppen – Befehlenden und Gehorchenden. Befehls- und Gehorsamsverhältnisse aber sind sehr unwahrscheinliche und hochprekäre soziale Beziehungen, wie man etwa den Ausführungen Canettis entnehmen kann, wie dies aber gewiß auch schon Max Weber gewußt hat¹³. Des weiteren geht es nicht um Herrschaft schlechthin, sondern um legitime Herrschaft – eine Beziehung, bei der die Befehlenden ihren Anspruch auf Gehorsam durch Geltungsgründe abstützen, Legitimitätsansprüche; und bei der die Gehorchenden

¹³ Elias Canetti, *Masse und Macht*, 2 Bde., Bd. 2 (München 1976) 29ff.

ihrerseits sich zu diesen Ansprüchen verhalten, ‚als ob‘ sie sich diese Gründe oder Ansprüche zu eigen gemacht hätten.

Diese komplexe Situation verbietet es, in den Typen der legitimen Herrschaft eine wie immer geartete Fortsetzung oder Umsetzung der Legitimitätsglaubens-typologie von § 7 SozG zu sehen. Darauf deutet bereits der bloße Umstand, daß wir es im ersten Fall mit einer Dreier-, im zweiten Fall mit einer Vierer-Typologie zu tun haben. Schwerer aber wiegen die sachlichen Gründe. Die Legitimitätslegenden der traditionellen Herrschaft nehmen nicht nur, aber auch wertrationale Legitimitätsgründe in Anspruch, wie etwa das Beispiel der durch den Konfuzianismus oder den Islam legitimierten Herrschaftsordnungen zeigt. Auf wertrationale Grundlagen stützen sich auch die entwickelteren Formen der charismatischen Herrschaft, etwa die ethische Prophetie, die eine bestimmte Lehre verkündet und für die daraus abgeleiteten Postulate Gehorsam erheischt (WG 273). Auch die legal-rationale Herrschaft wird von Weber keineswegs, wie oft behauptet, auf bloße Zweckrationalität reduziert, vielmehr auf die Vorstellung bezogen, „daß beliebiges Recht durch Paktierung oder Oktroyierung rational, zweckrational oder wertrational orientiert (oder: beides) *gesetzt* werden könne“ (WG 125). Das heißt nichts anderes, als daß wertrationale Überzeugungen bei allen drei Herrschaftstypen gehorsamsmotivierend mitwirken. Dasselbe läßt sich für die übrigen der in § 7 skizzierten Legitimitätsgründe geltend machen, wenn auch natürlich in von Fall zu Fall verschiedener Form.

§ 7 stellt also keine Vorwegnahme der Herrschaftstypologie dar, sondern lediglich eine allgemeine Liste von Geltungsgründen, zu denen später, im Falle des Vorliegens von Herrschaftsordnungen, der Legitimitätsglauben hinzutritt, der sich auf spezielle, von den Herrschenden vorgetragene „*Rechtsgründe*“, Gründe ihrer ‚Legitimität‘, bezieht (GAWL 475). Dieser Legitimitätsglauben im engeren Sinne wird von Weber in drei reine Typen gegliedert, die die in § 7 aufgeführten Geltungsgründe in je unterschiedlichen Kombinationen enthalten.

§ 7 ist aber auch nicht, wie oft angenommen wird, eine Fortsetzung oder Umsetzung der Handlungstypologie von § 2¹⁴. Dies schon deshalb nicht, weil § 2 Typen des sozialen Handelns schlechthin skizziert, also auch des bloß faktisch regelmäßigen, nicht normativ regulierten Handelns, während §§ 5 bis 7 sich auf den Legitimitätsglauben beziehen. Traditionales Handeln nach § 2 ist deshalb eher im Sinne der Sitte zu verstehen („eingelebte Gewohnheit“), Tradition nach § 7 im Sinne der Konvention¹⁵; affektuelles Handeln nach § 2 ist vor allem durch „aktuelle Affekte und Gefühlslagen“ bestimmt, affektuellem Glauben dagegen durch die

¹⁴ Siehe etwa Jürgen Habermas, *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bde., Bd. 1 (Frankfurt 1981) 238; J. G. Merquior, *Rousseau and Weber. Two Studies in the Theory of Legitimacy* (London 1980) 99, 101.

¹⁵ Im älteren Textteil von WG ist dies noch deutlich ausgesprochen: „Konventionelle Regeln sind normalerweise der Weg, auf welchem bloß faktische Regelmäßigkeiten des Handelns: bloße ‚Sitte‘ also, in die Form verbindlicher, meist zunächst durch psychischen Zwang garantierter, ‚Normen‘ überführt werden: der *Traditionsbildung*“ (WG 191). Tradition kann im Kontext der Weberschen Soziologie also zweierlei bedeuten: *Brauch/Sitte und Konvention*.

„Geltung des neu Offenbarten oder des Vorbildlichen“, also ebenfalls durch etwas Normatives. Die zuletzt von Weyma Lübke geäußerte These, daß sich die Begriffstypologien im ‚Ersten Teil‘ von WG zwar ähnlich sehen, aber nicht aufeinander abbildbar sind, hat deshalb viel für sich¹⁶.

II.

Die bisher dargestellten Gedankenschritte erlauben es, Webers Legitimitätskonzeption von einigen Mißverständnissen abzugrenzen, die in der einschlägigen Literatur anzutreffen sind. Das erste Mißverständnis wurde bereits erwähnt. Es ergibt sich, wenn man die Typen der Handlung, der Legitimitätsgründe und der legitimen Herrschaft direkt aufeinander bezieht und zur Deckung zu bringen versucht: ein Gedanke, der sich schon bei Winckelmann findet und in der Folge zu unterschiedlichen Lösungen geführt hat, um das Mißverhältnis von Dreier- und Vierertypologie zu bereinigen: sei es durch Erfindung eines weiteren Legitimitätstyps oder durch Reduktion der Handlungstypen¹⁷.

Ein zweites Mißverständnis entsteht, wenn man aus der Einsicht in den normativen Charakter des Legitimitätsglaubens und der Bedeutung wertrationaler Überzeugungen für die Abstützung aller drei Herrschaftstypen den Schluß zieht, bei Weber seien Legitimitätsglauben und Wertorientierung überhaupt identisch. Dieses Mißverständnis findet sich etwa bei Johannes Winckelmann, der in seinem Erläuterungsband zu „Wirtschaft und Gesellschaft“ behauptet, daß es in Webers Legitimitätskonzept für die Beherrschten wie für die Herrschenden „um *norm*-orientiertes Verhalten, mithin um *Werthaltungen*“ gehe, und daß die drei reinen Typen legitimer Herrschaft „demzufolge unabdingbar *wertorientierte* Kategorien und d.h.: per definitionem entweder wertrationale oder wertaffektuelle oder wertrationale Typen“ darstellten¹⁸. Es findet sich ebenso bei Veit-Michael Bader, demzufolge die empirische Legitimitätsgeltung „ganz und gar abhängig vom Maß der faktischen wertrationalen Bejahung einer bestimmten Ordnung“ ist¹⁹. Und ganz ähnlich bei Rainer Döbert, der in einer sonst überaus scharfsinnigen Studie zu dem Schluß kommt: „Alles Handeln im Rahmen legitimer Herrschaft ist, soweit es aus dem Legitimitätsglauben fließt, wertrationales Handeln, verkörpert also nur einen Handlungstypus.“²⁰

Ich denke, man wird dem Sachverhalt eher gerecht, wenn man, wie Peter Baumann, die Legitimitätsglaubentypen auf normative Orientierungen bezieht und

¹⁶ Lübke, Legitimität 9.

¹⁷ Siehe ebd. (m.w.N.).

¹⁸ Johannes Winckelmann, in: WG, Ergänzungsband 44.

¹⁹ Veit-Michael Bader, Max Webers Begriff der Legitimität. Versuch einer systematisch-kritischen Rekonstruktion, in: Johannes Weiß (Hrsg.), Max Weber heute (Frankfurt 1989) 296–334, 320.

²⁰ Rainer Döbert, Max Webers Handlungstheorie und die Ebenen des Rationalitätskomplexes, in: Johannes Weiß, (wie Anm. 19) 210–249, 238. (i. O. hervorg.).

darauf beharrt, daß diese mit Wertrationalität nur teilidentisch sind²¹. Das widerspricht zwar prima facie der Bestimmung Webers, derzufolge unter Norm eine Regel zu verstehen sei, an welcher „Vorgänge im Sinn eines Werturteils ‚gemessen‘ werden, die generelle Aussage also eines (logischen, ethischen, ästhetischen) *Sollens*“²²; doch bezieht sich diese Definition auf die Sphäre der ideellen Geltung, welche nach Weber scharf von derjenigen der empirischen Geltung geschieden werden muß. Im Bereich der letzteren, in dem, wie alle Soziologie, auch die Herrschaftssoziologie ihren Ort hat, wird alles, was den Handelnden als Richtschnur für ihr Handeln gilt, als „Maxime“ betrachtet, die ein empirisch feststellbares faktisches Verhalten bestimmt; und dazu gehören eben nicht nur die ‚letzten Werte‘ im Sinne des „als absolut gültig Erschlossenen“, sondern auch einfache Rechtsregeln, Spielregeln, selbst technische DIN-Normen²³. Die Legitimität allein auf Wertrationalität zu beziehen, wie dies die oben zitierten Autoren vorschlagen, hätte eine Verengung des Begriffes zur Folge, durch die fast alles ausgeschlossen würde, was Weber unbedingt darunter verstanden wissen wollte: die Vorbildlichkeit eines Charismatikers, z. B. eines exemplarischen Propheten; die Verbindlichkeit einer religiösen Tradition mit z. T. äußerst eigenwilligen Ge- und Verboten; der Verpflichtungscharakter einer Legalordnung, deren Normbestand permanent revidiert wird²⁴.

²¹ Peter Baumann, Die Motive des Gehorsams bei Max Weber: eine Rekonstruktion, in: Zeitschrift für Soziologie 22 (1993) 355–370, 362.

²² GAWL 323. In der Bestimmung der Norm als eines Sollens knüpft Weber an das zeitgenössische Verständnis an, wie es vor allem bei Wundt und Simmel entfaltet ist: vgl. Wilhelm Wundt, Ethik, 2 Bde., Bd. 2 (Leipzig 1903) 167; Georg Simmel, Einleitung in die Moralwissenschaft, 2 Bde., Bd. 1 (Frankfurt 1989) 77; in der Betonung des Allgemeinheitsanspruchs vor allem an Windelband: vgl. Wilhelm Windelband, Präludien, 2 Bde., Bd. II (Tübingen 1924) 73. Vom letzteren – wie auch von Simmel – unterscheidet er sich allerdings durch eine weitaus schärfere Akzentuierung der Differenz zwischen dem Bereich der empirischen Tatsachen und der Sphäre der normativen Geltung.

²³ WG 19; GAWL 337. An anderer Stelle geht Weber soweit, den Normbegriff ganz für die Sphäre der ideellen Geltung zu reservieren. „Wenn das normativ Gültige Objekt empirischer Untersuchung wird, so verliert es, als Objekt, den Norm-Charakter: es wird als ‚seiend‘, nicht als ‚gültig‘ behandelt“ (GAWL 531). Ein derart restriktives Verständnis wäre für die Soziologie allerdings ein Verlust. Weber selbst hat sich denn auch nicht daran gehalten, wie die Einführung des Begriffes „Norm-Maxime“ zeigt: GAWL 334, 348 u.ö. Zu Webers Normbegriff siehe Christel Hopf, Normen und Interessen als soziologische Grundbegriffe. Kontroversen über Max Weber, in: Analyse & Kritik 8 (1986) 191–210; dies., Normen in formalen Organisationen, in: Zeitschrift für Soziologie 16 (1987) 239–253.

²⁴ Weyma Lübke sieht in ihrer exzellenten Verteidigung des Weberschen Legitimitätskonzepts gegen Kelsen, Habermas und Luhmann zwar richtig, daß dieses nicht auf Wertrationalität i.S. von § 6 und 7 SozG beruht, weicht dann aber insofern zurück, als sie dem wert-rationalen Handeln i.S. der Handlungstypologie eine grundlegende Rolle für die Legitimität zuspricht. Die Handlungstypologie definiert indes wertrationales Handeln nicht als „subjektive Überzeugung von der Verbindlichkeit oder Legitimität einer Ordnung“ (Lübke, Legitimität 107), sondern als bestimmt „durch bewußten Glauben an den (...) unbedingten Eigenwert eines bestimmten Sichverhaltens rein als solchen und unabhängig vom Erfolg“ (WG 12). Die Überzeugung vom Eigenwert der Freiheit oder der Schönheit kann jede Verbindlichkeit ruinieren.

Das dritte Mißverständnis hängt eng mit den beiden anderen zusammen. Es entsteht, indem man Legitimität zu eng an die Wertvorstellungen und Glaubensüberzeugungen der Beherrschten bindet und von dort aus zu dem gelangt, was Volker Heins als ‚starke Legitimationshypothese‘ bezeichnet: zur Ansicht, daß der Legitimitätsglaube politische Herrschaft konstituiert²⁵. Daß Weber jedoch eher eine ‚schwache Legitimitätshypothese‘ vertreten hat, bei der die Legitimität nur zu einer bereits bestehenden Herrschaft hinzutritt (als zusätzliche Stütze), darüber hinaus auch nicht direkt aus den Überzeugungen der Beherrschten ableitbar ist, ergibt sich zum einen aus der Entschiedenheit, mit der er zu Beginn des Herrschaftskapitels die Affekte und Glaubensüberzeugungen der Beherrschten im Hinblick auf die Legitimität relativiert, zum andern aus kontextbezogenen und sachlichen Argumenten. Weber hat nie die Überzeugung aufgegeben, daß nicht Massen, sondern Minoritäten die Geschichte machen, was sich auch in der Legitimität zeigt: Die Aktivität liegt ganz bei den Herrschenden, die ihre Position stabilisieren, indem sie Rechtsgründe, Legitimitätsgründe, Geltungsgründe angeben und dadurch erst die Voraussetzung dafür schaffen, daß etwas geglaubt werden kann: Herrschaftslegenden, Mythen, Selbstrechtfertigungen (WG 549). Es entspricht ganz dieser Überzeugung, wenn Weber im Logos-Aufsatz konstatiert, die „ganz überwältigende Mehrzahl aller Satzungen *sowohl* von Anstalten *wie* von Vereinen“ gehe zurück auf die „faktische Macht der Oktroyierung“, also auf Herrschaft (GAWL 469), zu der, wie es an anderer Stelle heißt, der normative Glaube an die Legitimität nur als ein „Superadditum“ hinzukommt (WG 192).

Darüber hinaus spricht das komparatistisch-historische Interesse der Weberischen Soziologie gegen eine Interpretation des Legitimitäts-Konzepts von den Beherrschten her. Die wirklichen Motive, die den Gehorsam der Beherrschten begründen, befinden sich in der Regel in einer kaum aufschlüsselbaren Gemengelage (WG 190; GAWL 484); und sehr oft, im Rückblick: fast immer, lassen sie sich als solche gar nicht mehr ermitteln. Der historisch arbeitende Soziologe oder der soziologisch arbeitende Historiker kann in den meisten Fällen nur prüfen, ob ein Legitimitätsanspruch der Herrschenden vorliegt oder nicht, ob die Beherrschten Folge leisten und falls nicht, ob sie sich dabei ihrerseits auf letzte Prinzipien oder Vorbilder berufen. Ob dem Legitimitätsanspruch wirklich ein Legitimitätsglaube bei der Mehrzahl der Beherrschten entspricht, läßt sich empirisch nur selten beweisen.

Aus all dem ergibt sich eine enge Fassung des Gegenstandsbereichs der Herrschaftssoziologie. Ihre Aufgabe ist es nicht so sehr, die Genese von Herrschaft zu untersuchen, als vielmehr, bereits bestehende Herrschaftsverhältnisse zu typisieren. Sie kann sich dabei die Tatsache zunutze machen, „daß ‚faktische‘ Befehlsgewalten das Superadditum einer von ‚Rechts wegen‘ bestehenden normativen ‚Ordnung‘ zu präbendieren pflegen“ (WG 545). Sie kann diese normativen Ordnungen systematisieren bzw. auf ‚reine Typen‘ reduzieren. Und sie kann endlich

²⁵ Volker Heins, Strategien der Legitimation. Das Legitimationsparadigma in der politischen Theorie (Münster 1990) 10.

noch verfolgen, wie sich diese in „höchst reale Unterschiede der empirischen Herrschaftsstrukturen“, d.h. vor allem: Verwaltungen, übersetzen (WG 549). Weitergehende Zielsetzungen, wie z. B. die bei Anhängern der starken Legitimationshypothese beliebten Diskurse über den Wahrheitsgehalt der prätendierten Ordnung, hat Weber nicht grundsätzlich ausgeschlossen, aber eher der Sozialphilosophie zugewiesen. Für die empirisch orientierte Herrschaftssoziologie liegen sie jenseits ihrer Kompetenz.

III.

Die voranstehende Kritik richtet sich gegen eine Lektüre, die den Legitimitätsglauben als „*Fundament* der Herrschaft“ auffaßt²⁶. Nicht beabsichtigt ist jedoch, nun ins entgegengesetzte Extrem zu verfallen und den Legitimitätsglauben entweder für gänzlich irrelevant oder für eine beliebig ‚von oben‘ manipulierbare Ideologie zu erklären. Wie Weyma Lübke, möchte auch ich mich nicht von dem Gedanken abbringen lassen, daß eine Ordnung nur dann stabil ist, wenn sie legitim ist, und daß Legitimität wiederum nur dann als gegeben unterstellt werden kann, wenn die Beherrschten „die Herrschaftsbeziehung als für sich *verbindlich* auch *subjektiv* ansehen“²⁷. Gefragt ist, mit anderen Worten, ein Konzept, das erklärt, weshalb manche Legitimitätsansprüche auf Resonanz bei den Beherrschten stoßen und manche nicht. Oder, in der Terminologie der SozG gefragt: welche ‚innerlichen Garantien‘ müssen gegeben sein, damit eine auch äußerlich garantierte Herrschaftsordnung die Chance hat, legitime Geltung zu erwerben?

In der jüngeren Weber-Literatur gibt es die Tendenz, ein solches Konzept mit Hilfe von Anleihen bei der Entwicklungspsychologie Piagets zu formulieren. Wenngleich ich dabei nicht allen Schritten folgen möchte, die sich bei Habermas und Schluchter finden, scheint mir die Grundidee doch fruchtbar zu sein²⁸. Tatsächlich lassen sich die von Piaget skizzierten Rationalitätsniveaus als Felder auffassen, in denen sich jeweils unterschiedliche Deutungssysteme bilden können, die, wenn sie akzeptiert werden, legitimierende Wirkung entfalten. Die präoperative Rationalität mit ihrer Neigung zur Assimilation an die eigene Aktion (Egozentrismus) begünstigt die Projektion von Allmachts- und Vollkommenheitsphantasien in die Außenwelt und eignet sich damit als Grundlage charismatischer Autoritätsbeziehungen, bei denen sich die Menschen kraft des Glaubens an die „übernatürlichen oder übermenschlichen oder mindestens spezifisch außeralltäglichen, nicht jedem andern zugänglichen Kräfte(n) oder Eigenschaften“ einer Person deren Herrschaft fügen (WG 140). Der für diese Stufe charakteristische

²⁶ J. Heidorn, *Legitimität und Regierbarkeit* (Berlin 1982) 12.

²⁷ GAWL 470; Lübke, *Legitimität* 129, 145.

²⁸ Jürgen Habermas, *Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus* (Frankfurt 1976) 18 ff. u. ö.; Wolfgang Schluchter, *Die Entwicklung des okzidental Rationalismus* (Tübingen 1979) 59 ff.

begriffliche Realismus, der die symbolischen Eigenschaften nicht als subjektive geistige Assoziationen auffaßt, sondern als Substanzen oder Kräfte, die in den Dingen selbst liegen²⁹, fördert darüber hinaus die von Weber beschriebene Veralltäglichsung des Charismas, die sich in Erbcharisma, Amtcharisma oder ständischer Ehre ausdrückt und dadurch grundlegende Bedeutung für die Herausbildung von Herrschaftsinstitutionen hat (WG 144). Obwohl privat-individueller Natur, können die präoperativen Symbolsysteme doch kollektiviert und zur Grundlage eines ‚kommunikativen‘ oder ‚sozialen Gedächtnisses‘ werden, auf dessen identitätsstiftende Bedeutung schon früh von Soziologen wie Maurice Halbwachs oder Kunsthistorikern wie Aby Warburg hingewiesen worden ist. Dieses kommunikative Gedächtnis wiederum kann, unter den Bedingungen vertiefter sozialer Differenzierung, mittels institutionalisierter Mnemotechniken in ein ‚kulturelles Gedächtnis‘ transformiert werden, das sich ebenso in erinnerungsstiftenden Erzählungen (Mythen) wie in Objektivationen nichtsprachlicher Art manifestiert: in Gestalt von Riten, Tänzen, Festen oder Monumenten³⁰. Auf entwickelteren Stufen, insbesondere nach dem Übergang von ‚ritueller‘ zu ‚textueller Kohärenz‘ im Rahmen von Schriftkulturen, tritt der präoperative Symbolismus zurück, ohne aber völlig zu verschwinden. Er bleibt in der Religion, in den Pathosformeln der Kunst oder im mythischen Begriff der Nation wirksam und zeigt sich nicht zuletzt in der anhaltenden Bereitschaft, Personen mit außergewöhnlichen Fähigkeiten ein Charisma zuzuschreiben³¹.

Einen größeren Möglichkeitsspielraum eröffnet die konkret-operative Rationalität, deren Hauptmerkmal die reversible Koordination von Analyse und Synthese zur elemente- oder relationenzentrierten Systematik ist³². Die zunehmende Reversibilität und integrative Systematik hat zur Folge, daß die Kausalwirkung des Überempirischen für die Beschreibung und Erklärung des Empirischen zurücktritt und subjektive und objektive Komponenten deutlicher unterschieden werden. Zugleich wird damit die Möglichkeit eröffnet, einer Person mehrere Handlungsmuster zuzuordnen, was wiederum das Nachdenken über die Einheit des Mannigfaltigen, m.a.W. die Selbstreflexion und Selbstthematisierung begünstigt. Auf dieser Stufe ist deshalb nicht nur mit traditionellen Gesetzesethiken zu rechnen, bei denen „die Verpflichtungen und Werte durch das Gesetz oder die Weisung an sich, unabhängig vom Kontext der Absichten und der Umstände, bestimmt sind“, sondern auch bereits mit Frühformen einer Gesinnungsethik, die auf wie immer noch rudimentären Konzepten des Selbst und der moralischen Lebensführung beruhen. Eine Gliederung der moralischen Normen nach rein moralimmanenten Prinzipien ist allerdings erst auf formal-operativer Stufe möglich, da erst hier moralische Normen deutlich von Rechtsnormen unterschieden

²⁹ Siehe dazu *Christopher R. Hallpike*, *Die Grundlagen des primitiven Denkens* (Stuttgart 1984) 493.

³⁰ Siehe *Jan Assmann*, *Das kulturelle Gedächtnis* (München 1992) 52, 59.

³¹ Siehe *Kurt Hübner*, *Die Wahrheit des Mythos* (München 1985) 349 ff.

³² Siehe dazu *Ulrich Thomas Franz*, *Entstehungsbedingungen der pädagogischen Theorie* (Diss. Heidelberg 1995) 19.

und Gefühle zu abstrakten Werten verallgemeinert werden können³³. Die Systematisierung der konkret-operativen Ethiken orientiert sich an konkreten Handlungen und Erfahrungen, und zwar vornehmlich solchen, die angesichts zunehmender Differenzierung der Lebensordnungen noch am ehesten ein gewisses Maß an Gemeinsamkeit verbürgen: den Erfahrungen in der Primärsozialisation. Das, was diese im einzelnen sehr verschiedenartigen Ethiken verbindet, ist ihr Oszillieren um die „Kindes- und Diener-Pietät“ (WG 582), die sämtliche Kulturreligionen gründiert. Diese Religionen unterscheiden sich danach, ob sie die Pietätsbeziehung in eine kosmo- oder theozentrische Ordnung einbetten, wie sie auch in den (gesetzes- oder gesinnungs-)ethischen Anforderungen divergieren, die sie an diese Beziehung richten. Der Kern aber ist durchgängig anzutreffen und fungiert als Basis zahlloser religiös begründeter Legitimitätslegenden, in denen der Herrscher als Diener Gottes und als Vater seiner Untertanen dargestellt wird. Georg W. Oesterdiekhoff setzt zwar die Variationsbreite zu gering an, indem er die traditionale Ethik auf die Gesetzesethik und die heteronome Moral reduziert, doch ist ihm zuzustimmen, wenn er die traditionale Legitimität als Erweiterung des familialen Ethos bestimmt³⁴.

Mit der formal-operativen Rationalität setzt sich ein Denkstil durch, der durch die Bildung von Hypothesen und Prognosen, deren kombinatorische Überprüfung und ein Denken über das Denken, d.h. ein Denken zweiter Ordnung charakterisiert ist. In der diesem Denkstil korrespondierenden autonomen Moral löst sich der Absolutismus der Normen auf, der die Regeln bis dahin als heilig, göttlich und unverfügbar erscheinen ließ; die Regeln ‚entnaturalisieren‘ sich und werden als rein menschliche Satzungen konzeptualisiert, die im Prinzip kontingent sind. Infolgedessen werden Legitimitätsansprüche plausibel, die Gehorsam nicht mehr aufgrund der inhaltlichen Dignität einer Norm verlangen, sondern aufgrund des Umstands, daß sie auf formal korrektem Wege gesetzt worden ist. Das schließt eine Orientierung an materialen Normen nicht aus – die Stufe der formalen Rationalität ist, wie gesagt, auch die Stufe der autonomen Moral –, ordnet deren Verwirklichung aber der Anerkennung von Entscheidungsverfahren unter und erlaubt dadurch eine von den Beteiligten als verbindlich respektierte Konfliktlösung auch in solchen Fällen, in denen der Polytheismus der Werte eher eine Polarisierung begünstigt³⁵.

Eine genaue historische Dimensionierung der hier skizzierten Idealtypen der Rationalität und der ihnen entsprechenden Legitimitätskonzepte ist an dieser Stelle nicht möglich. Doch möchte ich wenigstens einige Hinweise geben, wie eine solche Dimensionierung aussehen könnte. Sie hätte zum einen von dem Befund Hallpikes auszugehen, „daß die kollektiven Vorstellungen primitiver Gesellschaften üblicherweise den Kriterien des präoperativen Denkens entsprechen und daß,

³³ Ebd. 40ff.; Jean Piaget, Bärbel Inhelder, *Die Psychologie des Kindes* (München 1987) 124f.

³⁴ Georg W. Oesterdiekhoff, *Traditionales Denken und Modernisierung* (Opladen 1992) 230.

³⁵ Lübke, *Legitimität* 119.

so weit unsere beschränkten Unterlagen gehen, ein beträchtlicher Prozentsatz der Individuen solcher Gesellschaften die Stufe der konkreten Operationen nicht zu erreichen scheint.“ Das schließt das Auftauchen des konkret-operativen Symbolismus auf dieser Stufe nicht aus, macht aber insgesamt eher eine Prädominanz des präoperativen, essentialistischen Typus wahrscheinlich. Sie hätte zum andern die Erkenntnis Oesterdiekhoffs zu berücksichtigen, daß in Entwicklungsländern, also in Agrargesellschaften unterhalb der Schwelle der Industrialisierung, die konkreten Operationen bereichsspezifisch von immerhin 70–50% der erwachsenen Bevölkerung erreicht werden. Das wiederum schließt das Vorhandensein des präoperativen Typus nicht aus, macht aber eine kulturelle Prädominanz des konkret-operativen Symbolismus wahrscheinlich. Von den primitiven Gesellschaften zu den stärker differenzierten Agrargesellschaften, die nicht selten in Form von patrimonialen und imperialen Staaten organisiert waren, wäre also eine allmähliche Verschiebung der Gewichte vom präoperativen hin zum konkret-operativen Symbolismus anzunehmen. Eine weitere Stufe wird mit den Industriegesellschaften okzidentalens Typs erreicht, die sich durch eine Prädominanz des formal-operativen Symbolismus bei gleichzeitiger Fortexistenz der beiden anderen auszeichnen. Auch dieser Symbolismus ist zwar als universelle Möglichkeit im menschlichen Denken angelegt, doch bedarf es zu seiner Aktualisierung einer besonders nachdrücklichen Stimulierung durch kulturelle Faktoren, insbesondere einer mehrjährigen Schulbildung modernen Typs, einer wissenschaftlich-technischen Infrastruktur wie auch jener Stadt-, Industrie-, Berufs- und Mittelschichtkultur, wie sie allein der Okzident seit der frühen Neuzeit hervorgebracht hat³⁶.

IV.

Wie oben bereits angedeutet, läßt sich Max Webers Legitimitätskonzept nicht auf das Verhältnis von Legitimitätsglauben und Legitimitätsanspruch beschränken. Es zielt darüber hinaus auf eine Differenzierung von Herrschaftstypen, da der jeweiligen Form der Legitimität eine bestimmte Organisationsform der Herrschaft entsprechen soll. Hat Weber dieses Postulat eingelöst?

Sehr deutlich tritt die formprägende Kraft der Legitimität bei der legalen Herrschaft mittels bürokratischen Verwaltungsstabes hervor. Daß Herrschaft auf der Basis einer „legal gesetzten sachlichen *unpersönlichen Ordnung*“ ausgeübt wird (WG 124), hat auch für die Verwaltungsorganisation weitreichende Folgen. Der Verwaltungsaufbau ist nach sachlichen Gesichtspunkten geordnet, worunter vor allem die Existenz einer festen Amtshierarchie, „d.h. die Ordnung fester Kontroll- und Aufsichtsbehörden“, die Leistungsverteilung nach Zuständigkeiten (Kompetenzen), das Laufbahnprinzip und das Vorliegen einer strengen Amtsdizziplin zu verstehen sind. Die Rekrutierung des Personals findet nicht nach per-

³⁶ Hallpike, Grundlagen 52, 44 ff.; Oesterdiekhoff, Traditionales Denken 50, 8 f.

sönlicher Gunst und Gnade statt, sondern nach freier Auslese aufgrund von Fachqualifikation; die Anstellung erfolgt kraft Kontrakts, die Entlohnung in Geld, so daß ein weiteres Prinzip gewahrt bleibt: die völlige Trennung der Amtsinhaber von den Verwaltungsmitteln. Der Freigabe eines relativ beliebigen, allein durch die Verpflichtung auf rationale Systematik eingeschränkten Handelns auf der Ebene der Legitimität entspricht eine Organisationsstruktur, die durch prinzipielle Änderbarkeit der Regeln, der Stellen und des Personals einerseits, durch regelgebundene, präzise, mithin berechenbare Abwicklung von Amtsgeschäften andererseits gekennzeichnet ist³⁷. Jedenfalls im Idealtyp.

Weber selbst hat nun freilich diese Aussage relativiert, indem er sie auf den „reinsten Typus der legalen Herrschaft“ (WG 126) einschränkt. Denkbar sind für ihn auch weniger ‚reine‘ Konstellationen, bei denen Legitimität und Organisation nicht korrespondieren, sei es, weil die Herrschaft im Rahmen des geltenden Legitimitätsprinzips pluralistisch aufgesplittet wird (durch Parlamente, Körperschaften, Kollegialorgane); sei es, weil die Herrschaft mit herrschaftsfremden oder gar antiautoritären Bestrebungen der Beherrschten konfrontiert wird, die auf eine Demokratisierung der Verwaltung („Turnus-, Los- und Wahlbeamtentum“) hinauslaufen (GAWL 477f.; WG 155ff.). Die daraus entstehenden Kombinationen können hier nicht ausgeführt werden, doch genügt bereits ihre Erwähnung, um deutlich zu machen, daß die legale Legitimität nicht nur mit einem einzigen Organisationstypus kompatibel ist, auch wenn in diesem Fall mit Spannungen zwischen Legitimität und Organisation zu rechnen ist.

Korrespondenz und Nichtkorrespondenz finden sich auch bei der traditionellen Herrschaft. Die traditionellen Legitimitätsmodelle knüpfen zwar vielfach an die Pietäts- und Loyalitätsbeziehungen der Hausgemeinschaft an, doch weist Weber ausdrücklich darauf hin, daß die Hausherrschaft nicht die einzige auf Traditionsheiligkeit beruhende Autorität ist. Neben ihr steht die Honoratiorenherrschaft, die anstatt auf Kindes- und Diener-Pietät auf sozialer Ehre oder Prestige ruht und eine Verwaltungsstruktur eigener Art begründet: die Honoratiorenverwaltung (WG 582, 170). Und auch innerhalb der auf dem Pietätsprinzip basierenden Herrschaftsordnungen haben wir es nicht bloß mit einem einzigen Organisationstyp zu tun, sondern mit dreien: einer patrimonialen Verwaltung, bei der Herrenwillkür und Traditionsgebundenheit sich in einem wie immer auch prekären Gleichgewicht befinden (was eine gewisse Vetomacht der Stabsmitglieder sowie Dezentralisation impliziert); einer sultanistischen Verwaltung mit starker Bindung des Apparats an den Herrn und entsprechenden Durchgriffs- und Eingriffsrechten des letzteren; und einer ständischen Herrschaft mit weitgehenden Eigenrechten der Stabsmitglieder an den Verwaltungsmitteln (WG 133f.). Die These, „alle traditionale politische Herrschaft sei patriarchalisch“³⁸, ist deshalb zu steil. Sie gilt auf der Ebene der Legitimitätsvorstellungen nur für die an das Pietätsprinzip an-

³⁷ Hartmann Tyrell, Ist der Webersche Bürokratietypus ein objektiver Richtigkeitstypus?, in: Zeitschrift für Soziologie 10 (1981) 38–49, 48, 46.

³⁸ Oesterdiekhoff, Traditionales Denken 246.

knüpfenden Modelle (und auch hier nur mit erheblichen Modifikationen), auf der Ebene der Organisation dagegen gar nicht, denn ‚patriarchal‘ steht bei Weber nur für traditionale Herrschaftsformen ohne Verwaltungsstab, also gerade nicht für die patrimoniale, sultanistische oder ständische Struktur (WG 134).

Was schließlich den dritten Legimitätstypus betrifft, so entfaltet er strukturprägende Kraft nur im Falle des reinen Charismas. Die für diesen Typus charakteristische „außeralltägliche(n) Hingabe an die Heiligkeit oder die Heldenkraft oder die Vorbildlichkeit einer Person“ (WG 124) ist nur gewährleistet, wenn sich die charismatische Bewegung gänzlich in der Sphäre der ‚Antistruktur‘ (Victor Turner) hält: einer Sphäre, in der sich die Individuen nicht sowohl als Rollenträger denn als ganze, konkrete Personen aufeinander beziehen, in Formen, die im Wortsinne ‚ekstatisch‘ sind, nämlich außerhalb der Zustände und Positionen befindlich, die normalerweise das Alltagsleben prägen. Turner spricht von der ‚spontanen Communitas‘ als einer nicht durch Statuspositionen und Hierarchien strukturierten Beziehung³⁹, Max Weber von der ‚Gemeinde‘, deren Mitglieder ihre lokalen, verwandtschaftlichen und beruflichen Bindungen abstreifen, bewußt auf ökonomische Versorgung und soziale Sicherheit verzichten, um als Jünger oder kriegerische Gefolgschaft am Charisma des Herrn zu partizipieren. In derartigen Verbänden gibt es kein Reglement, keine abstrakten Rechtssätze, keine Ämterorganisation, keine Kompetenzgliederung und keine Laufbahnen. Es gibt wohl interne Abstufungen, doch sind diese fließend, durch die wechselnde Nähe oder Ferne zum charismatischen Führer bedingt. Das dominierende Muster ist das von face-to-face-Beziehungen, in denen emotionale und affektuelle Faktoren eine herausragende Rolle spielen⁴⁰.

Das historische Vorbild solcher rein charismatischer Verbände sind die Gemeinden von Propheten und die Gefolgschaften von Kriegshelden. Ihr Auftreten wird von Weber an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wie bspw. Not- oder Krisenzeiten, in denen die bisher geltenden Sozialbeziehungen, Gruppenzugehörigkeiten und Sozialmilieus brüchig werden; oder gesellschaftliche Differenzierungsprozesse, in deren Gefolge sich Virtuosenengruppen wie z.B. Kriegerbünde aus dem Dauerverband einer Gebietsgemeinschaft herauslösen und verselbständigen⁴¹. In dieser Hinsicht unterscheidet sich sein Konzept des rein charismatischen Verbandes von Turners Konzept der Antistruktur, das auf regelmäßig wiederkehrende Schwellenzustände im Lebenszyklus von Individuen und Gesellschaften bezogen und von daher räumlich und zeitlich durch die Institutionenstruktur definiert ist⁴². Gleichwohl kennt auch Weber Prozesse, in denen das Charisma der Alltagsordnung angenähert wird. Dabei kann es, wie Wolfgang Schluchter gezeigt hat⁴³, zum Verlust des Charismas kommen, in welchem Fall man von Traditiona-

³⁹ Victor Turner, *Das Ritual. Struktur und Antistruktur* (Frankfurt, New York 1989) 130ff.; *ders.*, *Vom Ritual zum Theater* (Frankfurt, New York 1989) 74ff.

⁴⁰ WG 141; Winfried Gebhardt, *Charisma als Lebensform* (Berlin 1994) 47f.

⁴¹ Gebhardt, *Charisma* 40; WG 517f., 670f.

⁴² Gebhardt, *Charisma* 186; Zygmunt Bauman, *Postmoderne Ethik* (Hamburg 1995) 175ff.

⁴³ Schluchter, *Religion* Bd. 2, 549.

lisierung oder Legalisierung sprechen muß. Es können sich aber auch Misch- oder Zwittergebilde etablieren, die die außeralltägliche Form der Legitimität mit alltäglichen Strukturen der Organisation kombinieren. Dazu gehören etwa die auf Erbcharisma beruhenden Ordnungen, die sich auf politischer Ebene in der Strukturform des Geschlechterstaates realisieren (WG 145, 672), ferner die auf Amtscharisma beruhenden Dauergebilde, wie sie Weber nicht nur, aber vor allem in hierokratischen Verbänden gegeben sah. Als Beispiel für eine derartige ‚institutionelle Wendung‘ des Charismas diente ihm dabei die katholische Kirche mit ihrer hochentwickelten Bürokratie (WG 674f.). Auch im Falle der charismatischen Herrschaft bleibt daher festzuhalten, daß die These von der Korrespondenz von Legitimität und Organisation nur begrenzte Gültigkeit hat. Sie gilt für den reinen Typus, nicht aber für die diversen Permutationen und Transformationen, die historisch gesehen von mindestens ebenso großer Bedeutung sind wie der reine Typus.